

# Pressemeldung



## Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

<http://www.gdp.de>

[gdp-pressestelle@gdp-online.de](mailto:gdp-pressestelle@gdp-online.de)

Berlin, 1. März 2005

GdP zu Rekordhoch der Arbeitslosigkeit:

### Größer werdende soziale Kluft bedroht die innere Sicherheit

**Berlin.** Der anhaltende Anstieg der Arbeitslosenzahlen bedroht nach Einschätzung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf Dauer auch die innere Sicherheit. Der Rekord von fast 5,3 Millionen Arbeitslosen sei keine statistische Größe, sondern betreffe nahezu alle Familien in Deutschland. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Die Arbeitslosigkeit ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen.“

Am Rande einer Sitzung des DGB-Bundesvorstandes appellierte Freiberg an die Wirtschaft, ihre Verantwortung für das Gemeinwesen wieder wahrzunehmen. Die soziale Kluft werde immer größer. Damit drohe, so befürchtet die GdP, das Vertrauen in die Regelungskraft des demokratischen Rechtsstaats verloren zu gehen.

Freiberg: „Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren und keine Perspektiven erhalten, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, sind für radikale politische Parolen anfälliger oder wenden sich von der Politik ab. Viele sehen auch keinen Grund mehr, die Regeln des Zusammenlebens in einer Gesellschaft zu akzeptieren, die ihnen gegenüber alle Regeln des Anstandes verletzt.“

Mit dem Abbau von Arbeitsplätzen trotz hoher Gewinne verabschiedeten sich Teile der Wirtschaft aus dem gesellschaftspolitischen Konsens.

Freiberg: „Die Botschaft für die Beschäftigten lautet: Je besser Du für Deine Firma arbeitest, umso größer ist die Gefahr, in den Hintern getreten zu werden.“

Die immer kleiner werdende Zahl der steuerpflichtigen Arbeitnehmer sei, so die GdP, nicht mehr in der Lage, Schulen, innere Sicherheit, Infrastruktur, gesundheitliche Versorgung und soziale Sicherheit im Alter alleine zu finanzieren.

Freiberg: „Gemütlich wird es für die Wohlhabenden sicher nicht, wenn sie sich wie in Südafrika eines Tages auch hier mit hohen Mauern und Stacheldraht vor der Armut schützen müssen.“

**Herausgeber:**

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

**Pressesprecher:**

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

**Berlin:**

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190